# Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Rheder Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Nadorster Str. 6. Fernsprecher 22 und 87. Verlagsort: Rhede (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 212 | Mittwoch, den 5. August | 1925


# Wegfall der Umsatzsteuer für Lebensmittel?

## Deflation und Gesundung.

Von

**Dr. Emil van den Boom.**

Die Rückbildungen und Umschichtungen, die wir seit Monaten in der deutschen Wirtschaft erleben, und die in dem teilweisen Abbau des Stinnes'schen Privatkonzerns besonders typisch in die Erscheinung traten, sind im wesentlichen eine Folge von Währungsstabilisierung und Kreditrestriktion. Man kann sie auch als Umstellung des im Krieg und in der Nachkriegszeit aufgeblähten, viel zu großen Erzeugungsapparates auf den durch die Verarmung Deutschlands sowie die internationale Schwächung der Kaufkraft der Völker verminderten Bedarf bezeichnen. Ist doch der Welthandel um etwa 18 Prozent gegen die Friedensziffer zusammengeschrumpft und Deutschlands Anteil am Welthandel seit 1913 von 12,3 auf 5½ v. H. gesunken. Dieser Prozeß der Rückbildung und Vereinigung dürfte sich auch weiterhin fortsetzen. Auf der Kölner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die jetzige Gesamtkreditgewährung von Reichsbank, Rentenbank, Privatnotenbanken und Golddiskontbank, also aus erster Hand, auf 2½ Milliarden Mark beziffert und dies als das „Höchstmaß des zur Zeit Tragbaren" bezeichnet. Damit hat der Reichsbankpräsident zum Ausdruck gebracht, daß unsere Wirtschaft auf keine höhere Kreditgewährung aus diesen ersten Händen rechnen könne, „es sei denn, daß die Wirtschaft eine bessere Grundlage für die Höhe des Notenumlaufes schafft". Die Wirtschaft wird sich also nach der Decke der Kreditgewährung strecken müssen, statt daß, wie manche wünschen, der Kredit für die übergroße Decke der Wirtschaft weiter geweitet wird.

Die bisherige Wirtschaftsbereinigung hat vornehmlich in den sogenannten Finanzkonzernen und ähnlichen, im wesentlichen während der Inflationszeit entstandenen auf Spekulationen aufgebauten Wirtschaftsgebilden Platz gegriffen. Für diese erwies sich das vorhandene Betriebskapital als zu knapp. Infolgedessen wurde es notwendig, daß diese Gebilde abgebaut wurden, d. h. es mußte, ohne daß dies auch der Oeffentlichkeit immer in weiterem Umfange bekannt wurde, eine Reihe von Unternehmungen, die für den Gesamtzweck des Konzerns nicht unentbehrlich waren, abgestoßen werden, um dadurch flüssige Mittel zu gewinnen, mit deren Hilfe die Schwierigkeiten des Konzerns überwunden werden konnten. Aus dieser Konzerndämmerung nun etwa folgern zu wollen, die Idee der vertikalen Gliederung, die zur Hauptsache den Konzernen zugrunde liegt, sei überlebt, dürfte abwegig sein, insbesondere für das Gebiet von Kohle und Eisen. Die Finanzkonzerne sind unorganisch, die Sachkonzerne dagegen organisch. Die auf produktionswirtschaftlichen Erwägungen sich aufbauenden Formen, die unter dem Gesichtspunkte der Rationalisierung erfolgt sind und eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit auf dem Heimat- wie auf dem Weltmarkt zum Ziele haben, werden weiter festen Bestand haben. Eine Darstellung der Großwirtschaft an der Ruhr von Dr. H. Spethmann z. B. läßt erkennen, daß die augenblickliche Entwicklung als eine Teilerscheinung in einem jahrzehntelangen organischen Entwicklungsprozeß zu bewerten ist, der die Bilder des Aufbaues und Abbaues schon wiederholt durchlebt hat. Die Geschichte der großen Eisen und Kohle umfassenden Werke erweist, daß eine wirtschaftliche Krisis für die Konzerne keine Zeit der Auflösung oder der Zerstörung gewesen ist, sondern nur eine solche der Hemmung, der Stagnation, während der eine Sanierung in Form einer Säuberungsaktion von allem Ueberflüssigen einsetzte. So muß man z. B. sehr genau unterscheiden zwischen dem privaten Stinneskonzern und jenem Elektromontankonzern Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, der durch und durch das Kennzeichen des Realkonzerns trägt.

So wenig durchsichtig im einzelnen auch die Zusammenschlußbewegung sein mag, so läßt sich doch eine Reihe von Entwicklungslinien herausschälen, die immer wiederkehren und nach Spethmann folgende sind: Auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete, diesen beiden Grundlagen der Produktion, liegen die zuerst greifbaren Vorteile der Konzernbildung. Technisch in zwei Richtungen: Erstens eine rationellere Auswertung der Rohstoffe und ihrer Nebenprodukte, zweitens Selbstversorgung und Betriebsausnutzung. Finanzielle Ersparnisse in zweierlei Linien: Einengung des Zwischenhandels und Zurückdrängen der Konkurrenz. Außerdem wird Kapital frei, das Halten großer Rohstofflager vernotwendigt sich nicht mehr, eine Kapitalbeschaffung wird durch Größe und Ansehen sogar erleichtert. Ueberdies kann das Kapital bankmäßig selbst verwaltet werden. Allgemeinwirtschaftlich ergibt sich aus diesen Vorzügen eine Verteilung und dadurch eine Minderung des geschäftlichen Risikos. Ueber den wirtschaftlichen Triebkräften steht der Gedanke an Macht und Einfluß im Interesse der Gesamtwirtschaft. „Diese Gruppe von Motiven können beschleunigt und verstärkt werden durch politische Umstände, die den jeweiligen Zeitverhältnissen entspringen. In den letzten Jahren gab außenpolitisch die zwangsweise Abtrennung weiten linksrheinischen Besitzes den Anstoß zu Um- und Neugruppierungen; oder durch Besitznahme in außerdeutschen Gegenden war es möglich, in Gebiete zu gelangen, die uns politisch gegenwärtig verschlossen sind. Innenpolitisch ist die Abwehr der gegenteiligen Strömung, der Sozialisierung, ein starker Antrieb für die Konzernbildung gewesen."

Neben den unleugbaren Vorteilen der vertikalen Gliederung sind aber auch deren Gefahren nicht zu verkennen, die mit ihr verbunden sein können. Als eine sieht Spethmann das Führerproblem. „Seit der Konzernbildung liegt die Gefahr nahe, daß manche der einst selbständigen Stellen zur Schablone einer Nummer herabsinkt. Ein warnendes Beispiel sind die Folgen der routinemäßigen Tätigkeit in unseren Großbanken, die bis in die Spitzen hinauf auf Grund einer gewissen Tradition geleitet werden: ein warnendes Beispiel sind auch die amerikanischen Erfahrungen bei den großen Trusts, nach denen nicht diese, sondern das Unternehmertum mäßigen Umfanges die Pflanzstätte eines tüchtigen Nachwuchses abgibt." Da man aber an der Ruhr die mehr lose Verbindung der Interessengemeinschaft wählte, sei die Bureaukratisierung vorläufig noch hintangehalten und die freie persönliche Verantwortung in den Vordergrund geschoben. Den hier zur Schau getragenen Optimismus möchten wir nicht so ohne weiteres teilen und möchten einem Artikel von G. Bernhard im „Magazin der Wirtschaft" (Nr. 17) zustimmen, in dem er die Frage aufwirft, wie überhaupt das Erbe großer Kaufleute von den Söhnen erhalten und vermehrt werden kann und wie die Erfahrungen mit der zweiten und dritten Generation zu sein pflegen. Er vertritt hier die Ansicht, daß die Aufgabe von den Familien selbst aus verschiedensten Gründen fast nie gelöst werden kann, und daß der Ausweg nur ein „Wahlkönigtum" ist, das den herangezogenen Kräften dieselbe „Legitimität" zugesteht, wie der alten Dynastie.

Wenn aber der Betrieb mäßigen Umfanges die Pflanzstätte eines tüchtigen Führernachwuchses abgibt, und wenn wir andererseits sehen, wie an die Stelle des künstlichen Zusammenschlusses, der vor allem auf Substanzsicherung und Substanzvermehrung teilweise mit Hilfe der Inflation bedacht war, wieder mehr die sich an dem Gewinnstreben orientierende, auf den Markt bedachte, von dem Unternehmer-Einzelwillen geleitete Entwicklung tritt, wobei die Aussichten des Einzelbetriebes wieder wachsen, dann wird man diese Entwicklung als einen Weg der allgemeinen Wirtschaftsgesundung nur begrüßen können.

# Die Verbrauchssteuern vor dem Reichstag.

## Die Umsatzsteuer für Lebensmittel und die Zollvorlage.

☐ **Berlin**, 4. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) Die Verhandlungen über die Herabsetzung oder den etwaigen Fortfall der Umsatzsteuer für Lebensmittel sind am heutigen Dienstag zwischen den Parteien und der Regierung fortgeführt worden, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Jedoch wird uns in parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahestehen, versichert, daß es möglich ist, dem Wunsche gewisser Kreise der Reichstagsfraktion des Zentrums entgegenzukommen, sobald die Zollvorlage ihre Erledigung gefunden hat. Man weist darauf hin, daß es möglich ist, in Form einer Initiativantrages, sobald die Vorlage unter Dach und Fach gebracht ist, die Beseitigung der Umsatzsteuer für Lebensmittel zu ererichen.

## Deutscher Reichstag.

✠ **Berlin**, 4. Aug. (Tel.)

Präsident Loebe teilt bei der Eröffnung der heutigen Sitzung mit, daß der Abg. Dr. David (Soz.) während einer Fraktionssitzung einen Blutsturz erlitten habe.

Bei der Fortsetzung der Beratung der

**Tabaksteuer**

forderte der Abg. Schlüter (Soz.) eine angemessene Entschädigung der Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung brotlos werden.

Abg. Schneider (Dem.) begründet einen Antrag seiner Partei, wonach die durch die Tabaksteuererhöhung vorübergehend oder längere Zeit erwerbslos werdenden Arbeiter und Hausgewerbetreibenden den doppelten Betrag der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

Inzwischen ist ein Antrag der Regierungsparteien eingegangen, wonach die durch die Steuererhöhung eingetretene Arbeitslosigkeit in jedem Falle als Kriegsfolge im Sinnne der Verordung über Erwerbslosenfürsorge behandelt werden soll. Die durch Kurzarbeit Geschädigten sollen Kurzarbeiterunterstützung erhalten. die täglich mindestens ein Sechstel der Vollunterstützung für Erwerbslose betragen soll. Die Unterstützungsdauer soll auf ein Jahr verlängert werden. Den durch diese Unterstützung besonders betroffenen Gemeinden soll Reichsunterstützung gewährt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hält den Antrag Schneider als unannehmbar und empfiehlt den Antrag der Regierungsparteien.

Es folgen

**die Abstimmungen.**

Der Antrag der Völkischen, der die Biersteuer ablehnt, wird in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 161 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Angenommen wird hierauf der Antrag der Regierungsparteien, wonach die Biersteuer vom 1. April 1926 ab um rund 33⅓ Prozent erhöht wird. Ebenso wird der Antrag der Regierungsparteien auf Erhöhung der Tabaksteuer angenommen. Alle übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Zur Tabaksteuer wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag der Demokraten, der die Beschlußfassung über diese Steuer bis nach den Reichstagsferien hinausschieben will, mit 229 gegen 155 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. In einfacher Abstimmung wird der kommunistische Antrag auf Streichung der ganzen Tabaksteuer abgelehnt, desgleichen der sozialdemokratische Antrag auf Ermäßigung der Steuersätze. Es bleibt also bei dem Antrag der Regierungsparteien (Beibehaltung der bisherigen Banderolen, bei Zigaretten ein Zuschlag durch eine Materialsteuer, deren Höhe noch durch den Steuerausschuß festgesetzt werden soll). Der Antrag der Regierungsparteien auf Unterstützung der durch die Steuererhöhung erwerbslos werdenden Tabakarbeiter aus der Reichskasse wird in namentlicher Abstimmung mit 301 gegen 134 Stimmen angenommen, desgleichen ein Antrag Zuller (Dntl.) auf Errichtung eines Reichstabaksforschungsinstitutes in Baden. Ein völkischer Antrag, die Einfuhr des Pilsener Bieres zu verbieten, wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Es folgt hierauf die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Erhöhung der

**Weinsteuer, Salzsteuer, Zuckersteuer und Spielkartensteuer.**

Abg. Dr. Sollmann (Soz.) lehnt die Steuervorlage ab und bringt dann verschiedene Beschwerden gegen die Branntweinmonopolverwaltung vor.

Abg. Jakobshagen (Soz.) bespricht die Weinsteuer. Die Regierung sah 20 Prozent Weinsteuer vor (für Schaumwein 30 Prozent). Die Regierungsparteien wollen für die nächsten zwei Jahre zu einem Kompromißantrag die Steuer auf 15 Prozent herabsetzen. Redner bezeichnet auch diesen Satz angesichts der Notlage der Winzer als viel zu hoch. Er beantragt für die sozialdemokratische Fraktion die Herabsetzung auf 10 Prozent.

Staatssekretär Dr. Popitz erklärt, die geringen Einnahmen aus dem Branntweinmonopol bildeten den Gegenstand ernster Sorge der Reichsregierung. Den Mißständen sei die Regierung mit größter Rücksichtslosigkeit entgegengetreten. Die Schwarzbrennerei hat einen höchst bedenklichen Umfang angenommen. Von den Beamten der Monopolverwaltung ist nur ein einziger schwer belastet. Weder der frühere noch der jetzige Präsident der Reichsmonopolverwaltung können in dieser Angelegenheit irgendwelchen Angriffen ausgesetzt werden. Sobald wir durch die Erledigung der Steuervorlage entlastet sind, werden wir ein Gesetz einbringen, mit dem wir rücksichtslos auf die Dinge in der Reichsmonopolverwaltung eingehen.

Abg. Korell (Dem.) begründet einen Antrag, wonach die Weinsteuer bei Schaumweinen 15 Prozent, bei den übrigen Weinen 10 Prozent betragen soll. Er wendet sich gegen die viel zu große Spanne, die zwischen den Erzeugerpreisen und den Ausschankpreisen in den meisten Fällen besteht.

Nachdem noch weitere Redner der Opposition gesprochen haben, schließt die Aussprache über die Weinsteuer. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Bei der dann zur Beratung kommenden

**Salzsteuer**

bekämpft Abg. Peters (Soz.) die in der Vorlage vorgesehene Erhöhung der Steuer für Speisesalz auf 3 Mark pro Doppelzentner. Diese steuerliche Belastung eines unentbehrlichen Gewürzes der breiten Massen wirke um so unsozialer, als gleichzeitig in der Vorlage die Besteuerung der Industriesalze aufgehoben wird. Die Sozialdemokratie beantrage die Aufhebung der Salzsteuer oder wenigstens Herabsetzung auf 1 Mark.

Ein kommunistischer Antrag auf Streichung sämtlicher Verbrauchssteuern wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Völkischen und einiger Sozialdemokraten abgelehnt. Zweifelhaft bleibt die Abstimmung über einen Antrag Haas (D. N.) und Dr. Fischer-Köln (Dem.), der die Steuerfreiheit für alkoholfreie Traubengetränke beseitigen will. Im Hammelsprung wird dieser Antrag mit 201 gegen 157 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Zur Frage der Steuerhöhe für Schaumweine findet ein Antrag Annahme, der die Steuer auf 30 Prozent festsetzt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Weinsteuer im übrigen auf 10 Prozent festsetzen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 174 Stimmen abgelehnt. Annahme findet zur Weinsteuer der Antrag der Kompromißparteien der einen Steuersatz von 20 Prozent festsetzt. Zugleich bestimmt der Kompromißantrag, daß dieser Steuersatz sowie der von 30 Prozent der Schaumweine vom 1. August 1925 bis zum 30. September 1927 um ein Viertel ermäßigt wird. Außerdem soll ein Drittel des Ertrages der in der Zeit vom

1. Juli 1925 bis zum 30. Juni 1927 aufkommenden Weinsteuer zur Behebung der Not des Winzerstandes verwendet werden. Letztere Bestimmung des Kompromißantrages wird in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 134 Stimmen angenommen. In dieser Fassung wird die Weinsteuervorlage angenommen.

Bei der

**Zündwarensteuer**

wird unter Ablehnung aller Aenderungsanträge die Ausschußfassung aufrechterhalten, die eine Steuer von 0,2 bis 0,6 Pfennig pro Schachtel Zündhölzer und eine solche von 2 Pfennig für Zündkerzen aus Wachs und Stearin usw. vorsieht. Sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Streichung der Salzsteuer werden mit 227 gegen 166 Stimmen abgelehnt. Es bleibt auch hier bei der Ausschußfassung, die einen Steuersatz von 3 Reichsmark pro Doppelzentner Reingewicht vorsieht.

Die

**Zuckersteuer**

wird ebenfalls unter Ablehnung von Aenderungsanträgen der Linken hierauf nach der Ausschußfassung angenommen, so daß also an Steuern erhoben werden pro 100 Kg. vom Stärkezucker 8,40 Mark, von anderem Zucker 21 Mark.

Annahme findet schließlich noch die Spielkartensteuer.

Damit sind die Verbrauchssteuern in zweiter Lesung erledigt. Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

**die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden.**

Verbunden damit wird die Frage der Behandlung der sogenannten Versorgungsbetriebe.

Abg. Henke (Soz.) beantragt Steuerfreiheit für diese Betriebe, wenn öffentliches Kapital an diesen Betrieben beteiligt ist.

Abg. Dr. Kulenkampff (D. V.) erklärt, wenn die Regierung sich nicht darum kümmere, daß das Privatkapital sich an den öffentlichen Betrieben beteiligt, würde sie bald ohne Kapital dastehen. Auch die öffentlichen Betriebe müßten Steuern zahlen, weil sich niemand davon ausschließen könne, denn wir müßten Reparationen bezahlen. (Sehr richtig rechts.) Wenn die öffentlichen Betriebe keine Steuern zu zahlen brauchten, dann würde auch ihre Bilanzklarheit darunter leiden. Mehr noch als die Gemeinden hätte das Privatkapital unter den Nachwirkungen des Krieges gelitten. Der Redner beantragt die grundsätzliche Steuerpflicht für alle Betriebe in Deutschland, ob sie in öffentlicher Hand sind oder nicht.

Staatssekretär Popitz hält an den Ausschußbeschlüssen fest, wonach die öffentlichen Betriebe mit behördlichem Charakter Körperschaftssteuern zahlen sollen, die Versorgungsbetriebe aber z. B. die Elektrizitätswerke körperschaftssteuerfrei sind.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 10 Uhr vormittags: Weiterberatung. Schluß gegen 9 Uhr.

## Die Arbeiten des Reichstages.

**Noch kein Ende der Session abzusehen.**

Berlin, 4. Aug. (Tel. unseres Korrespondenten.) Der Aeltestenrat des Reichstages hat heute den Arbeitsstoff für den Rest des Tagungsabschnittes verteilt. Am Mittwoch soll versucht werden, die zweite Lesung der Steuervorlage zu Ende zu bringen. Der Donnerstag vormittag soll von einer Plenarsitzung freibleiben, um den Fraktionen Zeit zur Vorbereitung der Zollvorlage zu geben. Am Donnerstag nachmittag soll die Angelegenheit des Flüchtlingslagers in Schneidemühl besprochen werden, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung der Interpellationen bereit ist. Der Freitag soll der dritten Lesung der Steuergesetze gewidmet sein. Man hofft, sie an einem Tage durchzuführen. Sodann soll am Samstag die zweite Lesung der Zollvorlage in Angriff genommen werden. Bis wann die Zollvorlage in der dritten Lesung endgültig erledigt werden kann, ist jedoch noch ungewiß. Eine Sonntagsitzung ist bisher nicht in Aussicht genommen.

Die Art der Aufstellung dieses Programms läßt jedenfalls die Frage, wann die gegenwärtige Session ihr Ende findet, vollständig offen. Es handelt sich vor allem um die Erledigung der Zollvorlage, die ja nunmehr von allen Regierungsparteien nachdrücklich noch vor den Ferien gewünscht wird. Dabei spielt die Frage eine Rolle, wie man die Erledigung der Zollvorlage mit ihren unzähligen Positionen durchführen will. In den Rechtsparteien ist bereits der Plan aufgetaucht, den Zolltarif en bloc zur Debatte und zur Abstimmung zu stellen. Man weist darauf hin, daß auch bei der Zollvorlage Bülows im Jahre 1902 ähnlich operiert worden ist und daß das, was damals von der Regierungsmehrheit erreicht wurde, auch jetzt möglich sein müsse. Wir möchten demgegenüber noch betonen, daß die Verhältnisse heute von Grund aus ganz anders geartet sind als damals. Unseres Erachtens wäre es nicht nur ein Unrecht, sondern auch grober Unfug, wenn man gewissermaßen über die Zollvorlage zur Tagesordnung übergehen würde. Es kann dabei keine Rede davon sein, daß man mit einer Befürwortung der Debatte zur Zollvorlage etwaigen Bedürfnissen der Opposition Rechnung trägt. Ganz im Gegenteil. Man soll der Opposition keine Blöße geben. Bei einer etwaigen en bloc-Annahme würden sich aber die Oppositionsparteien gegenüber den Wählermassen mit einer gewiß unrichtigen, aber doch für sie durchschlagenden Argumentation ins Licht zu setzen versuchen. Die Rechte insbesondere glaubt allerdings, daß eine gründliche en-bloc-Beratung wohl ermöglicht werden könne. Selbstverständlich können die einzelnen Bestimmungen der Geschäftsordnung soweit gedehnt werden, daß dies möglich sein wird. Aber wir glauben es aussprechen zu müssen, daß damit insbesondere nicht dem Ziel gedient wird, das sich das Zentrum mit der zwangsläufig in der Entwicklung sich befindenden Zustimmung zur Zollvorlage gesteckt hat.

## Die Einnahmen des Reiches.

**Das Aufkommen aus den neuen Steuern.**

☆ Berlin, 4. Aug. (Drahtb.) Auf Grund der neuen Steuern, die der Reichstag in den nächsten Tagen bewilligen soll, belaufen sich die Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches für das laufende Rechnungsjahr nach einer von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichten Uebersicht auf rund 7,705 Milliarden Mark. In diesen Betrag sind die von den Ländern und Gemeinden selbständig erhobenen Steuern nicht einbegriffen. Der ordentliche Haushalt sieht aus den Besitz- und Verkehrssteuern 4,663 Milliarden Mark Einnahmen vor, darunter 1,7 Milliarden Mark Einkommensteuer, 1,5 Milliarden Mark Umsatzsteuer, 500 Millionen Mark Vermögensteuer, 300 Millionen Mark Körperschaftssteuer, 282 Millionen Mark Beförderungssteuer. Aus Zöllen und Verbrauchsabgaben sollen rund 1,8 Milliarden Mark aufgebracht werden, darunter aus Zöllen 365 Millionen Mark, aus Tabaksteuer 560 Millionen Mark, aus Zuckersteuer 185 Millionen Mark, aus Biersteuer 174 Millionen Mark und aus dem Brandweinmonopol 150 Millionen Mark. Für den außerordentlichen Haushalt, der u. a. den Verkauf von Vorzugsaktien der deutschen Reichsbahn in Höhe von 145,8 Millionen Mark und einen Ueberschuß aus der Münzprägung von 225 Millionen Mark aufweist, sind rund 576,8 Millionen Mark eingesetzt.

# Die Notlage der rheinisch-westfälischen Industrie.

## Eine Denkschrift an die Reichsregierung.

w. Düsseldorf, 4. Aug. In einer dem Reichskanzler und den Reichsbehörden unterbreiteten, von der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf verfaßten Denkschrift haben die Industrie- und Handelskammern und die grobindustriellen Körperschaften des rheinisch-westfälischen Industriebezirks von Aachen bis Münster eine Reihe von Maßnahmen begründet, durch die der ärgsten Notlage der Wirtschaft einigermaßen Rechnung getragen werden könnte.

Nach Vorführung unanfechtbarer Zahlen und Tatsachen richtet die Denkschrift das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, unverzüglich, wenn nötig, durch Vermittlung der Länderregierungen, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind:

1. Die Gemeinden zu der unbedingt notwendigen Sparsamkeit, besonders bei ihrer Bautätigkeit, anzuhalten und

2. einer Lohnpolitik entgegenzuwirken, die mit der schwierigen Wirtschaftslage nicht im Einklang stehe.

Die Denkschrift weist u. a. auf die ins Ungeheuerliche gewachsene Steuerbelastung der Industrie gerade des besetzten Gebiets hin. Nach einer neuen, sorgsamen Erhebung verschiedener industrieller Unternehmungen des Westens mit 267 000 Arbeitern hätten diese Unternehmungen in einem Jahr, vom 1. April 1924 bis 31. März 1925, an direkten Reichs- und Gemeindesteuern insgesamt 71,4 Millionen Mark bezahlt gegen nur 16,7 Millionen im Jahre 1913. Die Gemeinden allein seien an dieser übermäßigen Belastung der Industrie durch die Gewerbesteuer mit 35 bis 45 v. H. beteiligt. Die Denkschrift erhebt deshalb die Forderung, daß die verantwortlichen Leiter von Reich und Staat den dringenden Notruf der Industrie nicht überhören, sondern tatkräftig eingreifen sollten, ehe es zu spät sei. Im besonderen wird gefordert, daß auf dem Gebiet der Steuern äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften geübt werde. Nur dadurch sei es möglich, daß die rheinisch-westfälische Industrie in absehbarer Zeit wieder ertragreich werde.

Auf dem Gebiet der Bautätigkeit der öffentlichen Körperschaften werden im einzelnen noch einschränkende Forderungen erhoben. Auch die staatlichen Schlichtungsstellen müßten sich eine größere Zurückhaltung auferlegen.

## Weitere Entlassungen.

✕ Bochum, 4. Aug. (Tel.) Die Gewerkschaft Neumühl in Hamborn veranlaßt, zum 15. August dieses Jahres weitere etwa 70 Arbeiter zu kündigen. — Die Vereinigten Stahlwerke Zeche „Zentrum" in Wattenscheid beabsichtigen, zum 15. August d. J. eine Verminderung der Belegschaft um etwa 600 Mann eintreten zu lassen. Die Entlassung der darin eingeschlossenen 50—60 Beamten erfolgt zum 1. Oktober d. J. — Die Zeche Brassert, Vereinigte Stahlwerke in Marl sieht sich gezwungen, im Laufe des August eine 20prozentige Einschränkung der bisherigen Förderung durchzuführen und zu diesem Zwecke einen Abbau von etwa 450 Arbeitskräften vorzunehmen. — Die Gewerkschaft Vereinigte Gibraltar-Erzstollen hat einen Antrag auf volle Stillegung der Grube zum 18. August d. J. gestellt. Von der Stillegung werden 327 Mann einschließlich Beamten betroffen. — Nach Angaben der staatlichen Bergwerksinspektion sind in Gladbeck infolge der Betriebseinschränkungen bis Ende Juli 170 Mann von der Zeche Zweckel und 193 Mann von der Zeche Scholven abgekehrt. Man hofft, die weiteren Belegschaftsverminderungen, die auf insgesamt 750 Mann festgelegt sind, bis Oktober d. J. durchzuführen, indem der regelmäßige Abgang nicht mehr durch Neuanlage ergänzt wird. Die zum 1. Oktober beabsichtigte Angestelltenkündigung wird zum 15. August ausgesprochen. — Die Klöckner-Werke haben beschlossen, die Zeche „General" in Weitmar am 1. September stillzulegen. Die Verwaltung bemerkt dazu, daß zu diesem Beschluß nicht allein der Absatzmangel, sondern auch die hohen sozialen Lasten und besonders die untragbaren Gewerbesteuern der Gemeinde Weitmar Veranlassung gegeben haben. Diese kleine Gemeinde habe eine Schuldlast von 2 Millionen Mark, die sie vorwiegend in den letzten beiden Jahren trotz aller Einsprüche gemacht habe. Durch die Stillegung werden 55 Beamte und 710 Mann betroffen. — Die Gemeindevertretung von Annen erhob in ihrer letzten Sitzung nochmals schärfsten Einspruch gegen die endgültige Stillegung der Zeche Vereinigte Hamburg und des Stahlwerks Krupp, wodurch 2200 Arbeiter und ungefähr 200 Angestellte und Beamte betroffen werden. In Witten fand eine Besprechung der Vertreter von Annen und Witten mit Vertretern der Regierung und des Oberbergamts, dem Landrat von Hörde und dem Generaldirektor Müller über die endgültige Stillegung der Zechen Hamburg und Wiendahlsbank in Annen und Franziska in Witten statt. Nachdem die Kommunalvertreter die völlig unbegründete Stillegung nachgewiesen hatten, wurde beschlossen, den bereits begonnenen Abbruch sofort einzustellen und die Sperrfrist für die Aufrecherhaltung der Wasserhaltung auf den in Frage kommenden Zechen bis zum 27. August zu verlängern. Der Regierungspräsident behielt sich diese Verlängerung der Frist ausdrücklich vor. Es sollen Verkaufsverhandlungen mit den Kommunalverbänden eingeleitet werden.

## Die Schuld an Schneidemühl.

w. Berlin, 1. Aug. (Drahtb.) In Berichtigung der vielfachen irrtümlichen Pressemeldungen ist festzustellen, daß das Auswärtige Amt in der Frage der Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen durch seine Vertretungen dort von vornherein, das heißt mindestens seit vier Monaten, über die Lage der in Frage kommenden Personen unterrichtet war und durch erhebliche Verstärkungen des Personals dieser Vertretungen, durch Einrichtung mehrerer Abwanderungsstellen in Polen und durch entsprechende finanzielle Maßnahmen alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Optanten sicherzustellen. Alle diese Vorbereitungen erfolgten in engster Fühlungnahme mit den für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts, die ihrerseits für die Weiterleitung, Unterbringung und Arbeitsbeschaffung der Optanten innerhalb des Reiches zu sorgen hatten. Diese Stellen waren auch bereits seit Monaten über die Zahl der abwanderungspflichtigen Personen durch das Auswärtige Amt unterrichtet.

*

Das Auswärtige Amt versucht hier, seine Hände in Unschuld zu waschen und schiebt munter die Schuld an der unwürdigen Aufnahme der Flüchtlinge den für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts zu. Es ist wohl anzunehmen, daß die Reichstagsdebatte, die in den nächsten Tagen über diese Frage zu erwarten ist, eine Aufklärung des Sachverhalts bringen und insbesondere zu einer gründlichen Prüfung dessen führen wird, was das Auswärtige Amt getan hat und was es noch hätte tun müssen, um die Massenabwanderung der deutschen Optanten innerhalb weniger Tage zu verhindern. Denn dies scheint uns doch zunächst der springende Punkt zu sein. Nicht minder gründlich wird natürlich zu prüfen sein, bei welchen anderen amtlichen Stellen es an der nötigen Initiative gefehlt hat, so daß schließlich dieser Flüchtlingsskandal entstehen konnte. Leider wird nur durch diese Untersuchung nicht wieder gutgemacht, was einmal geschehen ist.

## Die deutschen Gegenmaßnahmen.

**Abschiebung der Polen.**

☆ Berlin, 4. Aug. (Tel.) Am Montag mittag waren im ganzen Reichsgebiet die Gegenmaßnahmen zur Ausweisung der polnischen Optanten durchgeführt. Aus Berlin werden 2400, aus dem Ruhrgebiet 3200, aus Hamburg 200 und aus Altona 80 Polen abgeschoben. Der Abtransport zur Grenze soll bis Donnerstag abgeschlossen sein. Den polnischen Optanten in Deutschland wird, im Gegensatz zu dem Verhalten der polnischen Behörden, gestattet, ihre sämtlichen Besitztümer, soweit sie innerhalb 48 Stunden nicht mitgenommen werden können, in Verwahrung zu geben und durch Beauftragte verkaufen oder nachsenden zu lassen.

tu. Berlin, 4. Aug. (Tel.) Im Reichstag ist ein schleuniger Antrag der Völkischen Arbeitsgemeinschaft eingegangen, der eine sofortige Untersuchung darüber verlangt, welche Reichs- oder Landesbehörden die Verantwortung für die unerhörten Zustände im Schneidemühler Durchgangslager trifft. Ferner wird der sofortige Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen und die Ausweisung sämtlicher in Deutschland sich aufhaltender Polen gefordert.

## Die Sicherheitsfrage.

**Briands Reise nach London.**

☆ Paris, 4. Aug. (Tel.) „Petit Journal" glaubt mitteilen zu können, daß Briand am Mittwoch nach London reisen werde, um mit Chamberlain über die Garantiefrage zu verhandeln. Die Ankündigung sei am vergangenen Samstag nach London abgegangen, heute werde die Antwort des Foreign office in Paris erwartet. Am Quai d'Orsay sei gestern unter Leitung Berthelots der Antwortentwurf fertiggestellt worden, der Chamberlain zur Begutachtung vorgelegt wird. Briand werde nicht länger als 48 Stunden in London bleiben und nur die notwendigen Mitarbeiter mitnehmen. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Caillaux mitfahre, da sich die Unterhaltung nur auf die Sicherheitsfrage beschränken soll.

w Paris, 4. Aug. (Drahtb.) Man bestätigt am Quai d'Orsay, daß zwischen Paris und London ein Meinungsaustausch über die Reise Briands nach London stattfindet. Der Zweck dieser Reise sei, in unmittelbaren Verhandlungen mit Chamberlain den Wortlaut der französischen Antwortnote auf die deutsche Sicherheitsnote festzulegen und den englischen sowie den französischen Entwurf durchzuberaten. Ueber den Zeitpunkt der Zusammenkunft sei jedoch entgegen den Blättermeldungen noch keine Entscheidung getroffen. Wahrscheinlich findet sie nicht vor der kommenden Woche statt.

☆ Berlin, 4. Aug. (Tel.) Die „Germania" meldet aus Paris, zur Sicherheitsfrage wird an zuständigen Stellen erklärt, daß die Prüfung der deutschen Note durch die Pariser und Londoner Regierung fortgesetzt wird und daß die Beantwortung der Note in 8—10 Tagen zu erwarten wäre.

## Vorverhandlungen zum Frieden in Marokko.

**Rifgesandte bei Primo de Rivera.**

tu. Paris, 4. Aug. (Tel.) Der „Temps"-Korrespondent in Tanger versichert, daß die Emissäre Abd el Krims bereits am 26. Juli den französischen Behörden Vorschläge gemacht hätten. Da sie feststellten, daß die Franzosen von ihnen keine Notiz nahmen, ließen sie den Marquis d'Estella wissen, daß sie sich in Tanger befänden. Dieser bat sie telephonisch, nach Tetuan zu kommen. Dort kam eine Unterredung zwischen ihnen und Primo de Rivera zustande, die zur beiderseitigen Zufriedenheit ausfiel. Während der Unterredung legte Primo de Rivera ihnen die französischen und spanischen Friedensvorschläge vor.

w. London, 4. Aug. (Tel.) „Times" berichtet aus Tanger, daß bei der Zusammenkunft zwischen dem Marquis d'Estelle und den Rifemissären in Tetuan beide Parteien die Bedingungen mitteilten, unter denen es für möglich gehalten werde, Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Rifabgesandten wiederholten die Forderung Abd el Krims nach der Unabhängigkeit des Rifgebietes sowie seine Forderung, daß die Verhandlungen in Tanger stattfinden sollten. Marquis d'Estelle teilte seinerseits den Rifabgesandten die auf der Madrider Konferenz vereinbarten französisch-spanischen Bedingungen mit. Die Rifemissäre kehrten am Freitag nach Tanger zurück. Am Sonntag ging ein besonderer Eilbote nach Ajdir mit einem Bericht für Abd el Krim ab.

tu. Paris, 4. Aug. (Tel.) Wie „Paris Soir" aus sicherer Quelle wissen will, sollen die Blättermeldungen, wonach Vertreter Abd el Krims sich zu Primo de Rivera begeben und von ihm den Wortlaut des offiziellen Friedensangebotes erhalten haben, nicht den Tatsachen entsprechen. Die Gesandten Abd el Krims hätten mit Primo de Rivera nur unverbindliche Besprechungen gehabt. Im Laufe dieser Unterhaltung sei vielleicht nur über das französisch-spanische Angebot gesprochen worden, jedenfalls sei den Rifgesandten kein offizielles Kommuniqué übergeben worden.

**Mark- und Frankenschlußnotierungen.**

h Newyork, 4. Aug. (Funkspruch.) Schlußkurs der Mark 23,80—82. 100 Franken gleich 4,73½ Dollar.

**Baumwollnotierungen.**

h Bremen, 4. Aug. (Eig. Drahtb.) Schlußnotierungen: Sept. 25,70—95, Okt. 25,71—82, Dez. 25,77—83 (bzw. 25,79), Jan. 25,62—72, März 25,71—81, Mai 25,88—97.

h Liverpool, 4. Aug. (Funkspruch.) Umsatz 3000, Import 8400, für den Export 1000. Schlußnotierungen: loco 13.44, Aug. 13.01, Sept. 12.87, Okt. 12.70, Nov. 12.69, Dez. 12.71, Jan. 12.70, Febr. 12.70, März 12.74, April 12.73, Mai 12.77, Juni 12.73, Juli 12.73.

h Newyork, 4. Aug. (Funkspruch.) Willig. Schlußnotierungen: loco 24.46, Aug. 23,55—55, Sept. 23,70—70, Okt. 23,86—96, Dez. 23,93—97, Jan. 23,35—41, März 23,65—65, April 23,82—82, Mai 24,00—00, Juli —.

**Getreidenotierungen.**

h Chicago, 4. Aug. (Funkspruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Sept. 160¼, Dez. 161, Mai 164¼, fest; Mais: Sept. 105⅞, Dez. 87⅞, Mai 90¾, stetig; Hafer: Sept. 43, Dez. 45⅞, Mai 48½, stetig; Roggen: Sept. 101½, Dez. 105⅝, Mai —, fest.

FÜR
REISE
REGEN
SPORT

**SONDERANGEBOTE**
in schönen neuen Waren

| | |
|---|---|
| Lodenmantel imprägn. | 19.50 |
| Burberrymantel, ½ gefüttert | 27.50 |
| Sportmäßige Kostüme | 29,50 |
| Seidenglanz-Mantel schwarz und farbig | 33.— |
| Röcke, aparte Muster, reine Wolle | 6,90 |

Neues und Bestes in:
Badelaken, Bademänteln, Frottierstoffen, Badeanzügen, viele Formen „Forma"-Badeanzüge

DAS KAUFHAUS VOM NIEDERRHEIN
L & L
LEYENS & LEVENBACH
GROSSER MARKT • WESEL • BRÜCK-STRASSE

# Aus der Heimat.

Bocholt, den 5. August 1925.

a. **Personalnotiz.** Der Gewerbeassessor Mager ist anstelle des verstorbenen Gewerberats Müller vom 1. August 1925 ab mit der Verwaltung des Gewerbeaufsichtsamtes in Bocholt beauftragt worden.

a. **Aenderungen der Zahlungsfristen der Grundvermögenssteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken.** Vom Mittelstandsamt Bocholt wird uns geschrieben: Die Grundvermögenssteuer, die bisher monatlich entrichtet werden mußte, ist von jetzt ab bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, vierteljährlich am 15. des zweiten Monats des Vierteljahres fällig. Sie ist unaufgefordert zu entrichten. Bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd den oben angegebenen Zwecken zu dienen bestimmt sind, bleibt die bisherige Zahlungsweise. Die Steuer ist also hier monatlich zu zahlen.

ö. **K. K. V. „Westfalia".** Der für heute Abend geplante Ausflug zur Kreuzkapelle muß wegen der unbeständigen Witterung verschoben werden. Daher ist, wie üblich 8,30 Uhr Versammlung im Vereinslokal.

n. **St. Antonius-Schützenverein.** In der am Sonntag Morgen stattgefundenen vollzähligen Vorstands-, Festausschuß- und Mitgliederversammlung wurde beschlossen, als Schützenfestnachfeier einen Familienausflug mit Bewirtung der Frauen und Kinder mit Kaffee und Kuchen zu veranstalten. Auch soll ein Preisschießen und eine Verlosung stattfinden. Näheres wird noch in der Mitgliederversammlung und in dieser Zeitung bekanntgegeben. Zu unserem Bericht über das Schützenfest ist noch zu ergänzen, daß auch Fräulein Johanna Weewering als Hofdame fungiert hat.

m. **Anschluß des Detaillisten-Vereins an das Mittelstandsamt.** Der Detaillisten-Verein Bocholt hat in einer Versammlung am letzten Freitag einstimmig beschlossen, dem Mittelstandsamte Bocholt als Korporation beizutreten.

z. **Zirkus Straßburger.** Der Zirkus Straßburger, dessen Gastspiel bereits an dieser Stelle angekündigt wurde, wird, wie aus einer Anzeige in unserer heutigen Nummer hervorgeht, am kommenden Montag auf dem Sportplatz an der Kaiser-Friedrichstraße seine Pforten öffnen. Wir haben es hier mit einem Unternehmen zu tun, das eine Sehenswürdigkeit allerersten Ranges darstellt. Ein auserlesenes Programm von 80 Nummern kommt gleichzeitig in zwei Manegen zur Abwicklung. Die Vorstellungen dieses Riesen-Zirkus werden in Bocholt sicher denselben starken Besuch finden wie in den verschiedenen Städten des Niederrheins, die Straßburger bereist hat. Wir werden auf die Eröffnungsvorstellung noch zurückkommen.

z. **Neubau der Brücke an der Bismarckstraße.** Der von der Stadtverwaltung ausgearbeitete und von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Plan einer Entlastung des Stadtinnern durch Umleitung des Fuhrwerkverkehrs macht den Ausbau verschiedener Straßen an der Peripherie der Stadt notwendig. U. a. gehört auch die Bismarckstraße in diese Verkehrslinie. Hier hat man bereits mit den Arbeiten zum Neubau der Aabrücke begonnen. Die alte Brücke, die bald verschwunden sein wird, war mit ihrer begrenzten Tragfähigkeit (2500 Kilogramm) einem stärkeren Fuhrwerksverkehr nicht gewachsen und wird daher durch eine schwerere Betonbrücke ersetzt. Nach deren Fertigstellung wird dann der Ausbau des ganzen Straßenzuges von hier bis zum Nordtor erfolgen. Die Verwirklichung des Planes bedeutet eine Verlegung des ganzen Durchgangsverkehrs aus dem Stadtinnern, dessen enge Straßen für einen stärkeren Fuhrwerksverkehrs gänzlich ungeeignet sind, an die Stadtgrenze, eine Maßnahme, die besonders den Fußgängern zugute kommt.

po. **Festnahme.** In einer hiesigen Wirtschaft wurde ein Arbeiter festgenommen, der in angetrunkenem Zustande einen Gast, mit dem er in Streit geraten war, mit einem scharf geladenen Browning bedrohte. Die Waffe wurde beschlagnahmt.

po. **Anzeige.** Wegen Hausierens ohne Wandergewerbeschein außerhalb des Stadtbezirks wurde ein hiesiger Händler zur Anzeige gebracht. Derselbe hausierte mit Bildern.

po. **Sachbeschädigung.** Ein Angestellter einer hiesigen Firma unternahm in angetrunkenem Zustande eine Schwarzfahrt mit einem Personenauto, bei der das Auto zwischen Bocholt und Rhede mit einem Wagen zusammenstieß so daß es erheblich beschädigt wurde. Die in dem Auto befindlichen Insassen blieben zum Glück unverletzt. Der Lenker des Wagens wurde wegen Sachbeschädigung zur Anzeige gebracht.

* * *

m. Anholt, 4. August. **Mittelstandsverein für Handel und Gewerbe.** Der hiesige Mittelstandsverein für Handel und Gewerbe, der bereits dem Mittelstandsamte Bocholt angeschlossen war, hat seine Beziehungen zum Mittelstandsamte neu geregelt. Der Geschäftsführer des Mittelstandsamtes wird ab September d. Js. an jedem ersten Mittwoch im Monat Nachmittags in Anholt Sprechstunden abhalten. Im Anschluß an die Sprechstunden findet jedesmal eine Versammlung statt, in der wichtige Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen besprochen werden.

z. Werth, 4. August. **Autoverkehr Rees—Haldern—Werthermbruch—Werth.** Die seit langer Zeit geplante Autoverbindung unserer Gemeinde mit den Orten Wertherbruch, Haldern und Rees war am letzten Freitag wieder Gegenstand der Beratungen des Stadtverordnetenkollegiums in Rees. Es ist zu erwarten, daß die „Niweka" demnächst den Verkehr aufnehmen wird, und zwar zu denselben Bedingungen wie die Post. Die Wagen sollen im Kleinbahngebäude in Rees untergebracht werden. Die Stadt Rees übernimmt eine Garantiesumme von 2300 Mark. Mit der Einrichtung dieser Autoverkehrslinie wird einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen, da auf der Strecke von Werth über Haldern nach Rees bisher überhaupt keine direkte Fahrgelegenheit besteht. Es dürfte sich — wie des öfteren an dieser Stelle schon angeregt wurde — empfehlen, die geplante Linie bis Bocholt durchzuführen.

# Aus dem Kreise Rees.

h. **Isselburg,** 4. August. **Jubelfest des St. Elisabeth-Krankenhauses.** Anläßlich des 25jährigen Bestehens des hiesigen Krankenhauses hatte Herr Pfarrer Schmitt namens des Kuratoriums die Einwohner Isselburgs und der Umgegend am vergangenen Sonntag Nachmittag zu einer Festfeier im Saale bei A. Nienhaus eingeladen. Außerdem waren viele Ehrengäste eingeladen: Die hochw. Herren Pfarrer der Nachbargemeinden, die hochw. Herren Geistlichen, die während der verflossenen 25 Jahre in Isselburg tätig waren, die ehrw. Schwestern des Krankenhauses, ebenso diejenigen, die seit der Gründung im hiesigen Krankenhaus gewirkt haben, weiter Herr Bürgermeister Brandt als Vertreter der Stadt. Herr Pfarrer Schmidt hieß in seiner Begrüßungsansprache alle herzlich willkommen. Er begrüßte besonders den Kreiscaritassekretär Herrn Pastor Schallenberg, ferner die ehrwürdige Schwester Blanka, die bei Errichtung und Einweihung des Krankenhauses als erste Schwester gewirkt habe, ferner den Herrn Bürgermeister Brandt. Darauf gab er einen kurzen Ueberblick über die Geschichte des Krankenhauses, besonders über den angebauten Neubau mit Einrichtung. Weiter gedachte er der am Feste Christi Himmelfahrt d. Js. erfolgten Heiligsprechung der sel. Maria Magdalena Poschel, der Stifterin der Genossenschaft der Schwestern der christl. Schulen von der Barmherzigkeit und betonte, daß die Schwestern dieser Genossenschaft nun heute 25 Jahre im hiesigen Krankenhause aus Liebe zu Gott und dem Nächsten zum Wohle der Stadt Isselburg den armen Kranken Hilfe geleistet haben. Die Heiligsprechung der Stifterin wurde in den Rahmen der Festfeier einbezogen und gab ihr eine besonders würdige Note. Die Festrede hatte der Kreiskaritassekretär Herr Pastor Schallenbeg übernommen, in der er über die Bedeutung und den Sinn und Wert der karitativen Nächstenliebe unter besonderer Berücksichtigung des Jubelfestes und der Heiligsprechung der sel. Maria Magdalena Poschel sprach. Zuletzt richtete Herr Bürgermeister Brandt namens der Stadt noch einige Worte an die Festversammlung. Er betonte, daß er vor nunmehr 25 Jahren bei der Einweihung des hiesigen Krankenhauses den üblichen Hammerschlag tun durfte und gedachte in dankbaren Worten der aufopfernden und hingebenden Tätigkeit, die seit 25 Jahren von diesem Hause ausgeübt werde. Er versprach, daß er immer seine Hilfe und Unterstützung dem Krankenhause, soweit es in seinen Kräften stehe, zuteil werden lasse. Nach den einzelnen Reden und Liedervorträgen für gemischten und Männerchor wurde von der Mädchenoberklasse der Volksschule unter Leitung der Lehrerin Fl. Fischer das Theaterstück: „Die hl. Elisabeth" gespielt. Der Inhalt macht uns mit der caritativen Tätigkeit der ehemaligen Landesfürstin Elisabeth von Thüringen bekannt und war somit besonders für die Doppelfeier geeignet. Am Schlusse der Festfeier sprach Herr Pfarrer Schmitt allen erschienenen Gästen, besonders denen, die sich um den guten Verlauf des Festes bemüht haben, Herrn Pfarrer Schallenberg und Herrn Bürgermeister Brandt, für ihre Worte, Frl. Fischer für die große Arbeit, die sie mit der Einstudierung des Theaterstückes gehabt habe und Herrn Kaplan Speer, der die Leitung des musikalischen Teiles übernommen hatte, den herzlichsten Dank aus. — Am Montag Morgen las Herr Pfarrer Schallenberg in unserer Pfarrkirche ein feierliches Seelenamt für den Erbauer des Krankenhauses, den verstorbenen Herrn Pfarrer Husgens. Um 9 Uhr nahm Herr Pfarrer Schmitt im Krankenhause die Einweihung des Neubaues vor und hielt danach ein feierliches Levitenamt als Dankopfer für Gottes Segen während der 25 Jahre. Der gemischte Chor trug unter Leitung des Herrn Kaplan Speer die Lorettomesse von Goller vor. Nach der kirchlichen Feier hatten die Schwestern noch für einen kleinen Imbiß für alle Teilnehmer gesorgt, womit die Veranstaltung ihr Ende nahm.

H—e.

# Turnen, Sport und Spiel.

:: **Bocholter Fußballklub 1900 e. V.** Aller Anfang ist schwer! — Bei 1900 war er aber diesmal recht leicht. Beide Spiele konnten am Sonntag trotz der langen Ruhepause sicher gewonnen werden. Die zweite Mannschaft hatte gegen Rhede einen harten Stand, konnte aber doch, da sich die Mannschaft gut fand, mit 1:0 gewinnen. — Reichlich hoch, mit 7:2, gewann die 1. Elf. Emmerichs Leute zeigten nicht das energische Angriffsspiel wie sonst und die Läuferreihe ging nicht mit zurück in die Verteidigung. Die Platzmannschaft hatte im Torwart, im Rechtsaußen und im Halblinken ihre besten Leute. Die Läuferreihe war wie immer ausgezeichnet. Der nasse Boden beeinträchtigte das Spiel sehr. Mögen in Zukunft den beiden Vereinsmannschaften gleiche Erfolge blühen.

:: **F. C. Olympia.** Glänzende Erfolge erringen die Olympianer im Anfang der neuen Spielsaison. Die 1. und 2. Mannschaft werden überlegene Siegen, dagegen mußte die Lehrmannschaft die erste Niederlage einstecken. Bereits am Samstag — dem ersten Spieltag dieser Saison — folgte die zweite Mannschaft einer Einladung des Weseler Spielvereins, um gegen deren Liga-Reserve ein Freundschaftsspiel auszutragen. Mit einer ziemlich verjüngten Mannschaft wurde dem spielstarken Gegner gegenübergetreten. Das Wagnis gelang jedoch ausgezeichnet. Mit 2:0 blieben die Einheimischen verdienter Sieger. — Ein noch größerer Erfolg war das Spiel der

**Ein Geleitbrief zur Rheinlandfeier.** So man in alter Zeit, als des „Heiligen, Römischen Reiches, deutscher Nation" Landkarte einem aus tausend bunten Flicken zusammengesetzten Narrenkleide glich, das Gebiet eines der vielen weltlichen oder geistlichen Herren und Fürsten zu passieren beabsichtigte, war es gut und ratsam, sich zuvor von dem jeweiligen Landesherrn einen „Geleitbrief" zu verschaffen. Dem Reisenden wurde darin „freies Geleit" sowie Schutz und Hilfe aller unterstellten Aemter zugesagt und mit gewichtigem Siegel bestätigt. Es entspricht den damaligen Zeitverhältnissen, daß derartige Briefe nur an Leute mit gutem Fürsprech, unter vielen Umständen und Kosten angefertigt wurden. Die heutigen „Fürsten vom Rhein" zeigen sich darin bedeutend zugänglicher und entgegenkommender; sie senden ihre „Geleitbriefe" den betr. Interessenten frei ins Haus und stellen denselben obendrein, neben freier Führung durch ihr „Gebiet", auch noch allerlei Ergötzlichkeiten zu deren Nutz und Frommen in Aussicht. So ladet die bekannte rheinische Sektkellerei „Schönberger Cabinett" in Mainz mit einem originellen, ganz im alten Stil gehaltenen „Geleitbrief" zur Besichtigung ihrer ausgedehnten Kellereien ein und verspricht dem Besucher gleichzeitig auch „den Werdegang des hochberühmten Schönberger Cabinett", zubenannt „Der deutsche Sekt", ad oculos (und wohl auch in poculis) zu demonstrieren". Sicherlich ein verlockendes Freigeleit, das jedem Besucher des schönen deutschen Rheines und seiner Sehenswürdigkeiten auf der vorgesehenen Sommerreise zur Rheinlandfeier willkommen sein dürfte.

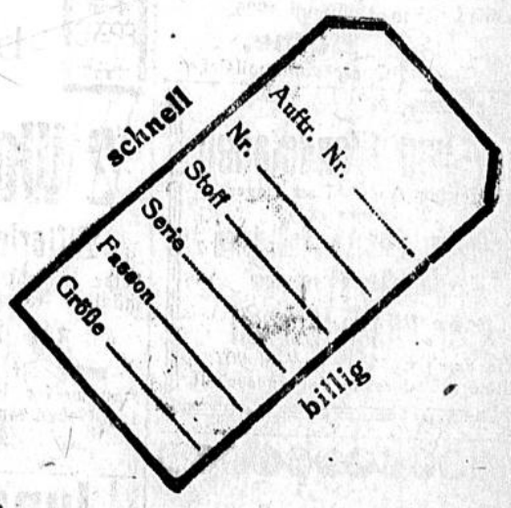
1. Mannschaft gegen die gleiche der Spielvereinigung „Elmar". Oberhausen. Der Gast mußte überlegen hoch mit 4:0 geschlagen die Heimreise antreten. Man hatte von ihm bedeutend mehr erwartet. Der Gegner kam für einen Sieg ernstlich überhaupt nicht in Frage. Zum großen Teil lag dies ja auch an dem Siegeswillen der Einheimischen, die sich in blendender Form befanden und gegen welche die Gäste nicht aufkommen konnten. Schon das Eckenverhältnis von 10:2 spricht für sich. Bereits bei Seitenwechsel liegen die Bocholter mit 2:0 in Führung. Durch ein Mißverständnis zwischen Verteidigung und Torwart gelingt es Demmer, den Führungstreffer zu erzielen. Bald darauf wird eine von Demmer hereingegebene Ecke von Romberg vor die linke Torecke getöpft, wo Steenbeck leicht eindrücken kann. Nach Wiederbeginn in der zweiten Spielhälfte setzt ein starker Regen ein, der das Spiel sehr beeinträchtigte; jedoch wird unverdrossen weiter gespielt. Die Ueberlegenheit der Einheimischen wird immer drückender. Der Torwart kann oft in höchster Gefahr rettend eingreifen. Des öfteren ist es auch der Torbalken, der einigen unhaltbaren Schüssen ein Ziel setzt. Der Regen hat inzwischen aufgehört. Noch zwei Ecken von Demmer glänzend vors Tor gebracht, werden verwandelt. Das Schicksal der Gäste ist besiegelt. Die Gäste, die unter ihrem neuen Namen noch ungeschlagen waren, mußten von den Olympianern ihre erste Niederlage einstecken. Schiedsrichter Schwirtz vom Weseler Spielverein leitete ausgezeichnet. — Die Lehrmannschaft, die gestern bei der 2. Mannschaft des Isselburger Spielvereins weilte, mußte eine 6:4 Niederlage einstecken. Bei Halbzeit steht das Treffen noch 3:1 für die Einheimischen. Dann machten sich jedoch bei einigen Spielern die Anstrengungen des am Samstag ausgetragenen Spieles bemerkbar und mit obigem Resultat müssen sich die ausgezeichnet spielenden Olympianer geschlagen bekennen. —p.

## Gottesdienst-Ordnung.

**St. Georg.** Am Donnerstag ist das Sakramentshochamt um 6,30 Uhr.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemkes-Bocholt.

**Anhänge-Etiketten aller Art**
**mit Faden und Splinten**




**J. & A. Temming, Buchdruckerei,**
**Bocholt.**



# Riesen-Zirkus Strassburger

3 Masten
2 Manegen
3 Musik-kapellen

**Bocholt,** Sportplatz K. Friedrichstr.

**Eröffnung: Montag, 10. August,**

mit 1000 neuen hier nie gesehenen Zirkuswundern.

Künstler von Weltruf! Herrliche Rassepferde!

Elefanten — Löwen
Leoparden — Hyänen
Kamele — Wölfe
Bären — Känguruhs
Zebus — Zebras
Bisons — Affen

**Unstreitig das größte und schönste Unternehmen, das seit Menschengedenken hier gastierte!**
**In allen Vorstellungen 80 Sensationen zu gleicher Zeit in 2 Manegen und im gewaltigen Luftraum!**

## Bekanntmachung
**betr. „Gesetzliche Miete".**

Nach einer Verfügung des Preußischen Staatsministeriums vom 27. Juli 1925 beträgt die gesetzliche Miete für den Monat August 1925 82 v. H. der reinen Friedensmiete. Im übrigen behält die Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. Juli 1925 auch für den Monat August Gültigkeit.

Bocholt, den 1. August 1925.

Die Gemeindebehörde:
Der Oberbürgermeister.

## Mietfestsetzung für August.

Die gesetzliche Miete beträgt vom 1. August ds. Jrs. ab 82 v. H. bezw. 78 v. H. der Friedensmiete, wenn der Mieter die Verpflichtung zur Ausführung von Schönheitsreparaturen übernommen hat.

Isselburg, den 4. August 1925.

Der Bürgermeister: Brand.

## Straßenverkehr.

Fuhrwerke, Kraftfahrzeuge, Fahrräder aller Art sind im Verkehr auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im hiesigen Polizeibezirk bei Eintritt der Dunkelheit nach den gegebenen Vorschriften zu beleuchten.

Uebertretungen dieser Vorschriften werden unnachsichtlich bestraft.

Isselburg, den 4. August 1925.

Die Polizeiverwaltung
Der Bürgermeister: Brand.

## Versteigerung

**Am Mittwoch, den 5. August 1925, nachmittags 2 Uhr**

werde ich in der Wirtschaft Reidick, Nordstraße:

**a. zwangsweise:**

1 Schreibtisch mit Sessel, 1 Kartothek, 1 kl. Ofen, 1 Geschäftsfahrrad, 1 Dezimalwage mit 3 Gewichten,

**b. im freiwilligen Auftrage:**

1 Schreibmaschinentisch mit Stuhl, 3 Stühle, 1 Garderobehalter, 27 Aufnehmer, 17/10 Mille Zigarren, 37/10 Mille Zigaretten, 9¼ Kiste Kernseife, 5½ Karton Cremstangen, 6 Karton Eierbonbons, 1½ Karton Pfeffermünz, 1 Dose Bonbons, ½ Kiste Zett, 16 Formularkästen, sowie Schreibzeuge, Heftzangen, Heftmaschine, Bleistiftschärfmaschine, Papierkorb, Windfaden, 1 Damenfahrrad u. a. Sachen mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 4986

Bocholt, den 3. August 1925.

**Bothe,**
Obergerichtsvollzieher.

## Flur- und Wandplatten

in reicher Auswahl am Lager, ferner

Granitfensterbänke, Fußleisten
Waschtischaufsätze usw.

**Gebr. Wiese, Bocholt**
Nordwall 6. Fernruf 207.
Marmorschleiferei u. Plattengeschäft.

## Drucksachen

aller Art

für Privat, Handel und Industrie.

**J. & A. TEMMING.**

*Statt Karten*

Studienassessor
**Bernhard Cluesmann**
**Lissy Cluesmann**
geb. Herdemann

**Vermählte.**

Münster (Westf.) Bocholt
5. August 1925.

# MÖBEL

sind bedeutend im Preise gestiegen, trotzdem biete ich noch große Vorräte zu alten niedrigen Preisen an.

Sie finden in

**5 Häusern und 26 Schaufenstern**

eine reiche Auswahl formenschöner

**Wohnungseinrichtungen**

in den bekannten guten Qualitäten.

Mein seit fast 25 Jahren bestehendes Unternehmen und die umfangreiche Entwicklung sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit.

**Werkstätten für Wohnungskunst**

**CARL STADER**
**Oberhausen** Rhld.

## Einkochgläser Einkochapparate

bei **Mühlfelder**
**Bocholt, Ostermarkt.**

## 2 Wohnhäuser

**Viktoriastraße 27 und 29**

beide in sehr gutem Zustande, sind bei mäßiger Anzahlung sehr billig 4996

**zu verkaufen.**

Nr. 27 ist sehr geeignet für Handwerker und wird hier event. zum 1. Oktober eine 4 Zimmer-Wohnung frei.

**J. Kölle.**

## Junger Mann

für Kontor und Lager einer Baumwollweberei gesucht. Antritt 1. Okt. od. früher. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschr. unter A. B. 275 an d. Gesch. d. Bl. erbeten

**Futterhäcksel**
und gebündeltes
**Wiesenheu**
empfiehlt jeder zeit ab Lager. Auf Wunsch Lieferungen franko Haus.

**Joh. Wissing,**
Dingdener Ch. 27.
Telefon 491.

Suche für meine Tochter, 14 Jahre alt, in einem besser. Hause m. Familienanschluß

**Lehrstelle**

(Kolonialwaren oder Delikatessen-Geschäft). Dieselbe besucht das Lyzeum. Offerten unter Nr. C 4999 an die Gesch. d. Blattes.

## Ladenlokal

in guter Lage nebst kleinen Lagerraum, geeignet f. Kolonialwaren, zu mieten gesucht.

Angeb. u. **B. 1933** an die Geschäftsst.

Eine neunjährige
**Fuchsstute**
und ein drei Monate altes
**Stutfohlen**
zu verkaufen od. geg. tragende Rinder zu vertauschen.

Näheres in d. Geschäftsstelle.

Zwei Deutsch Kurzhaar-
**Jagdhunde**
jagdlich erstklassig ein- und drei jährig
Nähres sagt die Gesch. dieser Zeitung.

2 junge
**Schäferhunde**
zu verkaufen.

Näheres in d. Geschäftsstelle.




**K. K. V. Westfalia.**

Der Ausflug zur Kreuzkapelle am heutigen Abend fällt aus. — Um 8½ Uhr:

**Versammlung**

im Vereinslokale.

Der Vorstand.

**M. G. V. Sängerbund**
gegr. 1885.
Heute Mittwoch abend 8,30 Uhr
**Gesangstunde.**
Wichtige Besprechung, daher unbedingtes Erscheinen erforderlich.

Gebrauchtes
**Herrenfahrrad**
f. Preise von 40,00 Mk. zu verkaufen Besichtigung von 12—2
**Königstraße 34.**

Zuverlässiger
**Pferdeknecht**
gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Für sofort eine
**Putzfrau**
gesucht.
**Nordstr. 36.**

**Mädchen**
vom Lande, welches schon im Haushalt tätig war, sucht Stelle in bürgerl. Haushalt.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

15—16jähriges
**Mädchen**
welches Liebe zu Kindern hat, für halbe Tage gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Braves, schulentlass.
**Mädchen**
für ganze Tage gesucht.
**Frau Voß**
**geb. Soestmeyer,**
Osterstraße 57.

**Rheumatismus**
Ein einfaches wunderbares Mittel teile gern jedem kostenlos mit
**RUD. RINNE**
Sassnitz R. 952.

## Lehrling

mit guter Handschrift für kaufm. Büro **sofort** gesucht.

Suche zum sofortigen Eintritt 18—20 jähr
**Mädchen**
f. kl. Haushalt, welches zu Hause schlafen kann. Wäsche außer dem Hause.
Wo zu erfragen in der Geschäftsstelle.

**Reisende**
erzielen täglich 20 bis 50 Mk. Nebenverdienst d. **Gebauer, Stettin,** Alleestr. 61.

Direktrice sucht ein oder zwei möblierte
**Zimmer**
mit voller Pension per sofort od. schnellstens.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

**Bettnässen**
sofortige Befreiung. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos.
**Dr. med. Eisenbach, München 461,** Kreisstraße 61.

